

Delegiertenversammlung Förderativverband“.

„Es genügt nicht, den warmen Pullover anzuziehen“

<Tatsächlich, sich einfach vor der einbrechenden Kälte, verursacht durch Sparmassnahmen und Stellenabbau bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, durch einen warmen Pullover schützen zu wollen und der Dinge zu harren, die da kommen werden, genügt heute nicht. Der mit Akklamation für weitere zwei Jahre zum Präsidenten des Förderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gewählte Nationalrat Georges Eggenberger machte das in seinem Referat anlässlich der Delegiertenversammlung des Förderativverbandes im Berner Rathaus überdeutlich.

Die 86 stimmberechtigten Delegierten aus den Gewerkschaften des öffentlichen Personals spendeten Applaus, als Eggenberger sagte: „Kolleginnen und Kollegen, die Verweigerung des Teuerungsausgleichs ist Diebstahl am Einkommen des Arbeitnehmers. Und dagegen werden wir uns wehren.“

Die über hundert Gäste, zum Teil Verantwortliche aus der Bundesverwaltung und öffentlichen Betrieben, hatten an der von Charles Noirat, dem Zentralpräsidenten des Verbandes des Schweizerischen Zollpersonals, geleiteten Delegiertenversammlung auch zur Kenntnis zu nehmen, dass Georges Eggenberger völlig richtig lag, als er auf die Arbeitsplatzabbaupläne einging und sagte: „Bund, Kantone und Gemeinden würden, wenn diese verrückten Ankündigungen tatsächlich realisiert werden, in den nächsten Jahren gegen 15'000 Arbeitsplätze vernichten. Kolleginnen und Kollegen, diese Politik ist angesichts der Arbeitslosigkeit schlicht verantwortungslos.“

Kaufkraft und Arbeitsplätze erhalten

In einer einmütig verabschiedeten Entschliessung brachten die Delegierten des Förderativverbandes zum Ausdruck, dass sie als Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit und zur besseren Verteilung der vorhandenen Arbeit die rasche Einführung der 40-Stunden-Woche beim Bund sehen. Denn noch immer gilt in der Bundesverwaltung, gilt bei den SBB und PTT die 42-Stunden-Woche. Auch die anderen öffentlichen Arbeitgeber, wie die Kantone und Gemeinden, werden aufgerufen, keine Arbeitsplätze zu vernichten. Deren Bestückung mit geschultem Personal dürfte bei einem Aufschwung der Wirtschaft dann wieder äusserst schwer sein.

Vom Bundesrat verlangten die Delegierten des Förderativverbandes in ihrer Entschliessung, dass er korrekt das geltende Recht anwendet, wenn er über den Teuerungsausgleich für das kommende Jahr entscheidet. Und das Parlament wird aufgerufen, den im Juni 1992 verabschiedeten Bundesbeschluss über die Teuerungszulagen in den Jahren 1993 bis 1996 nicht in Frage zu stellen. Ein Referendum gegen diesen Beschluss gab es nicht. Aber aus den parlamentarischen Kommissionen sind eigenartige Töne zu vernehmen. Wenn das Bundespersonal entgegen den genannten Entscheidungen auf Regierungs- und Parlamentsebene nicht damit rechnen kann, dass für die nächsten vier Jahre der volle Teuerungsausgleich, gemessen am Indexstand Ende Jahr, gewährt wird, dann wird das zu einem Vertrauensbruch führen. Falsche Abbausignale, die zu einer Minderung der Kaufkraft und damit zu einer Schädigung der noch vorhandenen Konjunkturunterstützung führen, sollten auch die anderen öffentlichen Arbeitgeber nicht aussenden, hielten die Förderativverband- Delegierten fest. Dass das Bundespersonal und die anderen bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben angestellten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bereit sind, die gegenwärtige Krise mitzutragen, geht unter anderem daraus hervor, dass sie ohne Murren die Erhöhung der Prämien für die Arbeitslosenversicherung zu tragen bereit sind und darüber hinaus klar für die Verlängerung der ' Bezugsdauer sowie gegen die Kürzung der Arbeitslosentaggelder plädieren. Das ist ein Akt der Solidarität gegenüber den hart betroffenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Privatwirtschaft.

Ernst machen sollen gemäss Entschliessung die öffentlichen Verwaltungen, namentlich ist hier auch wieder die Bundesverwaltung angesprochen, mit der verkündeten, aber mit wenigen Ausnahmen noch immer nicht realisierten Frauenförderung. Der Förderativverband nahm sich da auch gleich selbst bei der Nase, wurden doch zum ersten Mal in die Geschäftsleitung dieses grossen Dachverbandes des öffentlichen Personals zwei Frauen, je eine Vertreterin des Eisenbahnerverbandes und der PTT- und Zollverbände, gewählt. Den VPOD vertreten im Förderativverband weiterhin Walter Renschler (Vizepräsident), und Verbandssekretär Ruedi Steiger.

In seinem Amt bestätigt wurde auch der Geschäftsleitende Sekretär, Hans Ueli Ruchti, der den Delegierten die mühsam vorankommenden Arbeiten in bezug auf Ämtereinreihung und Besoldungssystem beim Bund darlegte. Für den Förderativverband, sagte Ruchti, stehe „ein sanfter Umbau des bestehenden Systems statt eine totale Umgestaltung im Vordergrund“. Und: „Ohne substantielle Verbesserungen ist kein neues Besoldungssystem zu verwirklichen. Das heisst im Klartext, dass ein neues Besoldungssystem nur dann akzeptiert wird, wenn es einer Mehrheit des Personals Verbesserungen bringt. Nullsummenspiele sind mit uns nicht zu machen“.

Arnold Isler.

Der öffentliche Dienst, 11.12.1992.

Personen > Isler Arnold. Foederativverband. DV. OeD, 1992-12-11